

Stellungnahme des Vorstandes der Braunschweiger Jusos zum Vorgehen der Polizei im Zusammenhang mit der NPD-Demonstration am 18.06.05 in Braunschweig.

Wir haben Angst!

Zunächst wollen wir feststellen, dass es richtig ist, das Demonstrationsrecht über wirtschaftliche Interessen zu stellen. Die NPD-Demonstration hat wirtschaftliche Folgen für den innerstädtischen Einzelhandel. Eine Demonstration mit dem Argument zu verweigern, dass sie Einbußen bei den lokalen Unternehmen zur Folge hätte, wäre ein Eingriff in die Grundrechte der Menschen. Das wollen wir nicht.

Wir sind der Meinung, dass die NPD verfassungswidrig ist und unterstützen ein Verbotsverfahren. Solange eine Partei jedoch nicht verboten ist, darf sie demonstrieren. Das gilt auch für die NPD. Ebenso sind Gegendemonstrationen zulässig bzw. – wie in diesem Fall – gut und richtig. Daher haben wir auch dazu aufgerufen, sich zur Wehr zu setzen – allerdings nicht mit *allen* Mitteln.

Was haben die von der Polizei mit Wasserwerfern und Schlagstöcken getriebenen Demonstrantinnen und Demonstranten getan? Sie haben sich mit uns für die in der Verfassung festgeschriebenen Grundwerte ausgesprochen. Sie wollten der NPD nicht einfach das Feld überlassen. Sie haben sich für ein friedliches, gerechtes und solidarisches Braunschweig, Niedersachsen und Deutschland eingesetzt. Dafür wurden sie bestraft. Wir wollen nicht verschweigen, dass es auch aggressive Gegendemonstranten gab, die jedoch zahlenmäßig zu vernachlässigen sind.

Wir haben Angst!

Wir haben Angst vor der Willkür der Polizei. Das Einschreiten der Polizei hat nichts mit Rechtsstaat zu tun. Es ist gekennzeichnet von Hilflosigkeit, Überforderung und Willkür. Wir wollen eine starke Polizei, die deeskalierend wirkt, wie es am 08.05.05 in Berlin der Fall war.

Wir haben Angst vor Politikern, die die Verantwortung in erster Linie bei anderen sehen. Der frischgebackene Bundestagskandidat der CDU, Carsten Müller, sieht die Verantwortung zu erst in der Bundesregierung. Politiker, egal welcher Partei, sollten zuerst alles ihnen mögliche tun, um derartige Vorfälle unmöglich zu machen.

Der Braunschweiger Oberbürgermeister, Dr. Hoffmann hat die Verantwortung einerseits auf die Gerichte abgeschoben, ohne seinerseits alles Mögliche zu tun, um einen NPD-Marsch einzudämmen. Beispiele aus anderen Städten zeigen, dass das mit etwas Phantasie möglich ist. Andererseits hat der die Gegendemonstranten verantwortlich gemacht. Seiner Aussage nach, sollten die BürgerInnen lieber zu Hause bleiben, anstatt für ihre Grundwerte einzutreten. Das ist eine gnadenlose Verdrehung der Realität.

Ebenso ist es unverständlich, dass bisher keine Stellungnahme aus dem Niedersächsischen Innenministerium erfolgt ist.

Wir fordern den Braunschweiger Oberbürgermeister, den Polizeipräsidenten und den Niedersächsischen Innenminister auf, Konsequenzen zu ziehen. Dabei geht es weniger um persönliche, als um fachliche.

So etwas darf sich nie wiederholen!